

Schwarz-Gelb regiert seit einem Jahr



Im Umfragetief: Ein Jahr nach dem Start ist die Zustimmung zur schwarz-gelben Koalition dramatisch gesunken. Mit der bisherigen Regierungsarbeit sind viele Wähler äußerst unzufrieden. Diskussionsbedarf genug für (v. l.) Außenminister und Vizekanzler Guido Westerwelle (FDP), Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und den CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer. Bild: dpa

# „So wie es war, darf es nicht bleiben“

Von unserem Berliner Korrespondenten ANDREAS HERHOLZ

Berlin (gl). „Ich mache mir keine Illusionen. Das wird keine einfache Legislaturperiode“, lautete Angela Merkels wenig optimistische Prognose. Bereits ein Jahr nach der Bundestagswahl dürfte sich die Kanzlerin bestätigt fühlen. Der Neustart missglückt – wieder einmal.

Eigentlich wollte Angela Merkel nach der Sommerpause durchstarten, den holprigen Auftakt ihrer Regierungskoalition möglichst schnell vergessen machen und die Gunst der Wähler

wieder zurückzugewinnen. „So wie es war kann und darf es nicht bleiben“, wollte die Kanzlerin die Wende einleiten. Doch statt Aufbruch geht die Talfahrt weiter. Schwarz-Gelb im Rekordtief. Die Union kommt in der jüngsten Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen nur noch auf 31 Prozent – der schlechteste Wert seit mehr als 30 Jahren. Die FDP stagniert bei 5 Prozent. Von Angela Merkels erhoffter Trendwende ist nichts zu spüren. Schlimmer noch: Fast zwei Drittel der Bundesbürger sind mit der Arbeit der schwarz-gelben Bundesregierung nicht zufrieden.

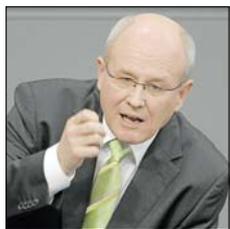
Angetrieben zum „Durchregieren“ legte des Bündnis aus CDU,

CSU und FDP nach der Bundestagswahl am 27. September 2009 einen klassischen Fehlstart hin. Merkel wollte damals die Koalitionsverhandlungen möglichst schnell abschließen, um noch vor den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Mauerfalls wieder zur Kanzlerin gewählt zu werden.

Viele strittige Themen wurden daher zunächst ausgeklammert, der Koalitionsvertrag stellenweise vage gehalten – nicht zuletzt, um die schwierigen Reformprojekte auf die Zeit nach der NRW-Landtagswahl 2010 zu vertagen. Ein schwerer Fehler, wie nicht nur die FDP-Führung heute einräumt. Der Koalitionsvertrag ist eine politische Geschäftsgrundla-

ge, die viel Klärungsbedarf und jede Menge Konfliktstoff in sich birgt. War es unter Merkels Regie noch gelungen, in den Verhandlungen über das Regierungsprogramm die beiden kleinen Partner CSU und FDP geschickt einzubinden, war es danach vor allem der Dauerzwist zwischen Christsozialen und Liberalen, der die Koalition lähmte.

Die Landtagswahl Baden-Württemberg im Frühjahr 2011, heißt es in Parteikreisen, könnte nun zur Entscheidung über Merckels Zukunft als Parteichefin und damit wohl auch als Kanzlerin werden. In Merckels Umgebung gibt man sich dagegen gelassen: „Sie ist bis 2013 gewählt.“



Unionsfraktionschef Volker Kauder ruft die schwarz-gelbe Regierungskoalition zu mehr Geschlossenheit auf. Bild: dpa

## Kauder: Gute Arbeit geleistet

Berlin (dpa). Unionsfraktionschef Volker Kauder hat die schwarz-gelbe Koalition aufgefordert, sich ein Jahr nach der Bundestagswahl mit mehr Geschlossenheit aus dem Umfragetief zu befreien. „Dass wir in den Umfragen nicht gut dastehen, ist richtig und hängt sicher auch mit dem Eindruck der Wähler zusammen, dass wir nicht geschlossen unsere Positionen vertreten“, sagte der CDU-Politiker am Freitag in Berlin. Er mahnte, „Das muss sich ändern und das wird sich auch ändern. Dann vertrauen uns

die Menschen auch.“

Von dem Treffen der Koalitionsspitze am Sonntag und der anschließenden zweitägigen Präsidiumsklausur von CDU und CSU werde ein Signal der Handlungsfähigkeit ausgehen. „Andere mögen Problembereiber sein. Wir sind Problemlöser.“ Die Union will bei der Klausur die Weichen für die historische Aussetzung der Wehrpflicht stellen.

Wenn Union und FDP ihre Arbeit besser darstellen, bekämen sie wieder größere Zustimmung. „Wir haben insgesamt eine gute

Arbeit gemacht“, zog Kauder ein Jahr nach dem Regierungswechsel Bilanz. Dass Deutschland die Wirtschaftskrise so gut überunden habe, sei vor allem Arbeitnehmers und Unternehmen zu verdanken. Auch die Regierung habe ihre Anteil, etwa durch die Kurzarbeit-Regelungen.

Trotz der Bürgerproteste in Baden-Württemberg gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 sagte Kauder, er rechne mit einem Wahlerfolg der schwarz-gelben Landesregierung bei der Landtagswahl im kommenden März.

Glocke Interview



### Aufbau im Kosovo macht Fortschritte

Von unserem Redaktionsmitglied ALFRED MENSE

Oelde (g). Über die Chancen und Herausforderungen der jungen Republik Kosovo sprach „Glocke“-Redakteur Alfred Mense mit Dr. Vilson Mirdita (40), dem Botschafter des Balkanlandes in Deutschland.

„Die Glocke“: Herr Botschafter, im Oktober beginnen die ersten direkten Verhandlungen zwischen der Republik Kosovo und Serbien. Worum wird es gehen?

Dr. Vilson Mirdita: Es gibt eine Fülle von wichtigen Themen. Es geht unter anderem um Reisefreiheit und Handelsbeziehungen, aber auch um 2000 Personen, die seit dem Konflikt mit Serbien als verschollen gelten. Nur über den Status der Republik Kosovo werden wir ganz sicher nicht reden.

„Die Glocke“: Obwohl die serbische Regierung die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo vom Februar 2008 noch nicht akzeptiert hat?

Mirdita: Ja, der Status wird nicht diskutiert. Der Gerichtshof der Vereinten Nationen hat die Unabhängigkeitserklärung erst kürzlich als „mit dem Völkerrecht vereinbar“ bezeichnet. Unsere Republik ist von vielen Staaten anerkannt. Deshalb werden wir Serbien als gleichberechtigtes Land begeben.

„Die Glocke“: Krieg und Vertreibung haben großes Leid angerichtet und zu Hass zwischen Serben und Kosovaren geführt. Hat die Zeit der Aussöhnung schon begonnen?

Mirdita: Wir haben Serbien die Hand zur Versöhnung gereicht. Im Norden des Kosovo, wo ein großer Teil der serbischen Minderheit unseres Landes lebt, gibt es vier serbische Oberbürgermeister. Zehn Sitze in unserem Parlament sind für Vertreter der serbischen Volksgruppe reserviert. Wir bemühen uns um gute Beziehungen zu unserem Nachbarn. Ich hoffe, Serbien

reicht auch uns bald die Hand zur Versöhnung.

„Die Glocke“: 10 000 Soldaten tragen im Rahmen der Kfor-Mission zur Sicherheit im Kosovo bei, im Rahmen des Eulex-Projekts arbeiten 1800 Experten daran, aus dem jungen Land einen stabilen und funktionierenderen Staat zu machen. Wie wichtig ist die europäische Unterstützung?

Mirdita: Unverzichtbar. Die Kfor-Einheiten sorgen für Sicherheit und bilden unsere Sicherheitskräfte aus. Dazu werden Institutionen wie das Justizwesen und die Verwaltung aufgebaut. Das ist eine schwierige Aufgabe. Auch deshalb, weil die Menschen nach Jahrzehnten serbischer Repression wieder lernen müssen, staatlichen Institutionen zu vertrauen.

„Die Glocke“: Das Kosovo galt immer als unterentwickeltes Region im ehemaligen Jugoslawien. Gibt es positive wirtschaftliche Tendenzen?

Mirdita: Die Vergangenheit ist eine schwere Erblast. Aber es geht voran. Bei der Privatisierung von Unternehmen sind wir gut vorangekommen. Es werden Straßen gebaut, kleine und mittlere Firmen entwickeln sich. Man spürt, dass der Wille zum Aufbau des Landes da ist. Wir machen große Fortschritte, aber es ist noch ein langer Weg.

„Die Glocke“: Gibt es schon ausländische Investoren?

Mirdita: Ja, und Deutschland spielt eine führende Rolle. Genauso wichtig wie Investitionen sind aber internationale Kontakte, Erfahrungsaustausch und der Aufbau der schulischen und betrieblichen Ausbildung. Hier leisten der Oelder Förderverein für das Loyola-Gymnasium und das Unternehmen Haver & Boecker vorbildliche Hilfe. Solche Initiativen sind wichtig für unsere Jugend, die das Gefühl bekommen muss, eine echte Perspektive im Kosovo zu haben. Die Jugend ist der eigentliche Reichtum des Landes.

„Die Glocke“: Wo sehen Sie ihr Land in zehn Jahren?

Mirdita: Ich hoffe, das Kosovo ist dann ein vollständiges Mitglied der EU. Für dieses Ziel werden wir hart arbeiten.

Internet

### Facebook zeitweise nicht erreichbar

Berlin (dpa). Das Online-Netzwerk Facebook ist am Donnerstagabend rund zweieinhalb Stunden für viele Nutzer nicht erreichbar gewesen. Ein technischer Fehler habe zu dem größten Ausfall seit mehr als vier Jahren geführt, teilte Facebook in einem Blogbeitrag mit und entschuldigte sich bei den Nutzern. Betroffen waren Nutzer in den USA, Südamerika und Europa. Das Problem sei aber inzwischen behoben und jeder Teilnehmer sollte wieder Zugang zum Netzwerk haben, heißt es. Ursache für den Ausfall sei die „unglückliche Handhabung“ eines Fehlers gewesen, berichtet Robert Johnson, Software-Entwickler bei Facebook. Das Unternehmen habe den Datenverkehr stilllegen müssen, um die Datenbank zu reparieren.

### Pressestimme

„Seine Entgleisungen sind vorhersehbar geworden. Aber das macht sie keinen Deut besser. Ausgerechnet in New York, der Stadt also, die das Ziel der Terroranschläge vom 11. September 2001 war, unterstellt Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad den Amerikanern, die Attacken inszeniert zu haben. Das ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten. (...) Auf dem Spiel steht der Ruf der Vereinten Nationen als Ort des internationalen Austauschs und der Konfliktlösung.“

„Märkische Allgemeine“ (Potsdam) zu Irans Präsident.

Generaldebatte der Vereinten Nationen

## Irans Präsident sorgt vor UN für Empörung

New York (dpa). Mit der New Yorker U-Bahn sind es nur wenige Stationen vom Hauptquartier der Vereinten Nationen bis zu der Stelle, an der früher das World Trade Center stand. Auch deswegen sorgte Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad mit seinem neuesten Skandal-Auftritt bei der UN-Generaldebatte für so viel Empörung.

Ausgerechnet in der Stadt, die sich nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wochenlang im Schockzustand befand, unterstellte Ahmadinedschad den USA, dass sie die Attacken selbst inszeniert haben könnten. Daraufhin verließen nicht nur die amerikanischen Diplomaten den Saal. Auch die Vertreter von 32 anderen Nationen gingen hinaus, darunter die komplette EU.

Überraschend kam der Eklat allerdings nicht. Bereits vor einem Jahr hatte Ahmadinedschad mit antisemitischen Äußerungen dafür gesorgt, dass sich im UN-

Hauptquartier der große Saal vorübergehend leerte. Und dieses Mal bezeichnete er gleich nach der Ankunft in New York den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu als „Profi-Killer“. Also traf man schon vor der Rede für den Fall einer Wiederholung Absprachen. Die wichtigsten westlichen Außenminister auch Guido Westerwelle – blieben dem Auftritt von vornherein fern. Der deutsche UN-Botschafter Peter Wittig ließ sich von zwei niederrangigen Diplomaten vertreten.

Kaum hatte Ahmadinedschad mit seinen Verschwörungstheorien begonnen, setzte der Exodus ein. Der iranische Präsident fabulierte, dass „einige Elemente in der US-Regierung den Angriff (am 11. September 2001) gesteuert haben, um die schrumpfende amerikanische Wirtschaft und ihren Griff auf den Nahen Osten ebenso zu retten wie das zionistische Regime“.



Während US-Präsident Barack Obama am Donnerstagabend (Ortszeit) in New York bei der UN-Generaldebatte vor einem voll besetzten Saal sprach (l.), lüchelten sich die Reihen der Diplomaten während der Hetz-Rede des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad (r.). Bilder: dpa

## Westen sucht Gespräch mit Teheran

Für Empörung sorgte auch, dass Ahmadinedschad die etwa 3000 Toten des 11. September gegen „Hunderttausende Tote im Irak und in Afghanistan“ aufrechnete. Die US-Regierung nannte seinen Auftritt anschließend „abstoßend“ und „wahnwitzig“. Westerwelle sprach von „rhetorischen Verrirrungen“ und

„geschmacklosen Entgleisungen“. Trotzdem will man im Kreis der 5+1-Gruppe (die fünf Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschland) aber die Hoffnung nicht aufgeben, mit dem Regime in Teheran wieder ins Gespräch über sein vermeintlich nur ziviles Nuklearprogramm zu kommen.

Schließlich hatte US-Präsident Barack Obama erst wenige Stunden vor Ahmadinedschads Rede die Bereitschaft zu neuen Verhandlungen bekundet. Im Kreis der 5+1-Außenminister sieht man trotz des Eklaits weiter Signale, dass in Teheran ein Umdenken eingesetzt hat – aller Rhetorik zum Trotz. Christoph Sator

Erfolgreiche Proteste

## US-Staat Virginia richtet erstmals seit 1912 Frau hin

Washington (dpa). Die weltweit ersten Proteste gegen das Todesurteil waren vergebens. Erstmals seit fünf Jahren ist in den USA wieder eine Frau hingerichtet worden. Die 41-jährige Teresa



Lewis (Bild) starb in der Nacht zum Freitag im Bundesstaat Virginia durch die Giftspritze. Die Exekution wurde heftig kritisiert, da der Geisteszustand der Frau an eine Behinderung grenzte. Mit einem IQ von maximal 72, je nach Gutachten, lag Lewis nur äußerst knapp über dem Wert, der eine Todesstrafe ausschließt.

Ihre Anwälte und tausende Unterstützer, darunter auch die Europäische Union, hatten bis zuletzt um Gnade für die Frau gebeten, die schon Großmutter ist. Vergebens: Um 13 Uhr Ortszeit setzte ein Giftcocktail, der Lewis in beide Arme gepumpt wurde, ihrem Leben ein Ende. Ängstlich habe sie ausgesehen, als sie in

blauer Gefängnisluft die Todeskammer betrat, berichteten Zeugen. Festgeschnallt an einer Liege glitt sie beinahe regungslos in den Tod.

Es war die erste Exekution einer Frau in Virginia seit fast 100 Jahren und insgesamt die zwölfte seit 1976, als die USA die Todesstrafe wieder einführt. Lewis

war wegen Morden an ihrem Ehemann und Stiefsohn verurteilt worden. Sie hatte gestanden, im Oktober 2002 zwei junge Männer für die Tat angeheuert zu haben. An ihrer Heuland bestand selbst bei ihren Unterstützern kein Zweifel – auch nicht daran, dass das Mordkomplott besonders grausam war. Marco Mierke